

Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Schulraum Manuel: Wie geht es weiter? Was für Alternativen werden geprüft?

Der Interpellant machte schon frühzeitig geltend, dass die Kapazitäten beim Manuelschulhaus nicht genügend gross geplant wurden (vgl. dazu Votum Stadtratsdebatte 10.9.2015, S. 880ff). Leider wurden diese Bedenken nicht ernst genommen und das vom Interpellanten befürchtete Szenario (Verzögerungen, Baustopp, Neuplanung, Mehrkosten, drohende Rechtsmittel) trat ein. Dass die Anwohner, die vom neuen Projekt überrascht wurden, deshalb beim Regierungsstatthalter Beschwerde einreichen und sich überlegen, gegen das neue Projekt Einsprache einzureichen, ist nicht weiter überraschend. Es ist von einer Verzögerung von mindestens 9 Monaten auszugehen. Dies wird für den Schulbetrieb sicher nachteilige Konsequenzen haben (vgl. dazu Medienbericht in der BZ vom 9.3.2017 Christoph Hämman)

(<http://www.bernerzeitung.ch/region/bern/anwohner-wehren-sich-gegen-schulbau/story/25740345>).

Es gilt deshalb für den betroffenen Schulkreis, umgehend die nötigen Massnahmen zur Sicherstellung des benötigten Schulraums zu schaffen.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wieso wurde nicht frühzeitig mit den betroffenen Anwohnern Kontakt aufgenommen, um eine einvernehmliche Lösung zu ermöglichen?
2. Wird der Gemeinderat in anderen Fällen, wie dies andere Bauherren sinnvollerweise tun sollten, frühzeitig das Gespräch mit potentiellen Einsprechern suchen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
3. Konnte mit den Anwohnern in der Zwischenzeit schon eine einvernehmliche Lösung durchgeführt werden? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
4. Mit wie langen Verzögerungen rechnet der Gemeinderat? Welche Auswirkungen auf den Schulbetrieb hat dies zur Folge?
5. Sucht der Gemeinderat Alternativen? Wenn ja, welche? z.B. Einbau Modulbauten? Andere? Wenn nein, warum nicht?

Begründung der Dringlichkeit

Der Schulraum im Schulkreis IV ist knapp. Es gibt grossen Handlungsbedarf. Insbesondere interessiert die betroffenen Eltern und Kinder, welche Alternativen von Seiten des Gemeinderates für die Zwischenzeit gesucht werden.

Bern, 23. März 2017

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Kurt Rügsegger, Rudolf Friedli, Stefan Hofer